

V0322/23

**Stellenplanantrag: Schaffung einer neuen Personalstelle im Bereich Gesundheitswesen**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht und Ausschuss für Finanzen,  
Liegenchaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.05.2023**

*Die Beschlussvorlagen zum Stellenplan V0209/23, V0301/23, V0302/23, V0322/23 und V0334/23 werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Rehm erfreut über die Umsetzung des Vorschlags seiner Partei zur Kategorisierung der Stellen und spricht seinen Dank an Herrn Kuch aus.

Da es sich hierbei auch um das Standes- und Bestattungsamt handelt, fragt Stadträtin Bulling-Schröter nach, ob bei der Stelle „Ausstellung von Sterbeurkunden“ ausgeholfen werden könne. Die lange Dauer auf das Warten der Urkunde sei nach ihren Worten nicht vertretbar.

Wenn die Kapazitäten beim Tagesgeschäft nicht ausreichend sind, sei grundsätzlich nicht ausgeschlossen, dass verschiedene Stellen zusammenhelfen. Herr Kuch merkt aber an, dass dies in der Entscheidung der Amtsleitung liege. Bei der geschaffenen Stelle mit einem KW-Vermerk bis 31.12.2024 handelt es sich um die digitale Registrierung der Geburten und Eheschließungen. Wenn diese Person im Tagesgeschäft aushelfe, könne nicht gewährleistet werden, dass das Ziel bis Ende 2024 erreicht werden könne.

Herr Müller schließt sich seinem Vorredner an und betont, dass es sich hier um keine Aushilfsstelle handelt. Er informiert, dass in der Sterbefallabteilung neue Kräfte eingearbeitet werden und insofern eine spürbare Entlastung zu verzeichnen sei.

Stadtrat Grob spricht sich gegen das derzeitige Prinzip zum Stellenplanantrag aus und verweist hierzu auf seine Ausführungen des letzten Jahres, zu dieser Salamiaktik. Über den Stellenbedarf brauche nicht zu diskutiert werden, da jede hochpriorisiert sei. Stadtrat Grob beantragt in Zusammenhang mit dem Haushalt einen Beschluss zu fassen, damit alle hinzukommenden und wegfallenden Stellen ersichtlich seien. Er habe Angst, dass in der Stellendiskussion wieder scheinbar allen zugestimmt werde und man sich dann am Jahresende über die extrem vielen Stellen wundere. Dabei verweist er auch auf das Ergebnis der Organisationsuntersuchung zu den Entlastungen und Freistellungen. Weiter geht er auf die Tarifierhöhungen und die extrem hohen zusätzlichen Personalkosten ein. Stadtrat Grob verweist hierzu auf die 15 beschlossenen Poolstellen. Seine Bitte sei eine Überprüfung der beschlossenen Poolstellen, wenn es unbedingt sein müsse, bis September und danach einmal einjährig eine Stellendiskussion zu führen und danach alle Stellen zu beschließen. So können Stellen im Haushalt näher zusammengebracht werden und es sei ersichtlich über welche Mittel gesprochen werde.

Es handelt sich hier nicht um den Haushalt 24, sondern um den Nachtragshaushalt, der in diesem Jahr noch beschlossen werden müsse, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Für diesen habe die Verwaltung ungefähr 100 Stellen angemeldet. Übrig geblieben seien die nun sieben vorgeschlagenen Stellen, welche aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und Neuerungen notwendig seien. Dies sei auch der Sitzungsvorlage zu entnehmen. Der eigentliche Stellenplan für den Herbst sei noch nicht eingebracht. Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt

mit, dass er hierfür eine Nullrunde angekündigt habe. Er betont, dass nur noch bei absolut notwendigen gesetzlichen Pflichtaufgaben eine Einzelbetrachtung erfolge.

Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass es Stadtrat Grob hier nicht um die einzelnen Stellen gehe. Er habe immer betont, nicht über die einzelnen Stellen zu diskutieren, denn dies sei nicht Aufgabe des Stadtrates. Für Stadtrat Wittmann sei die irgendwann entstehende Gesamtsumme interessant. Er wage die Prognose, dass dies in wenigen Jahren nicht mehr aus dem Verwaltungshaushalt bezahlt werden könne. Momentan habe man noch solide Einnahmen. Eine Mehrung der Gewerbesteuereinnahmen wage er zu bezweifeln. Die große Politik tue alles dafür, dass die wirtschaftliche Lage weltweit global gesehen nicht besser werde. Stadtrat Wittmann verweist auf den großen Personalapparat und die Poolstellen. An Herrn Kuch gewandt regt er an, diese herzunehmen und mit dem jetzt unbedingt benötigten Personal zu besetzen. Weiter verweist er auf die Beschlussfassung der Haushaltsstellen des Freistaates Bayern einmal im Jahr. Auch hier gebe es aufgrund von Gesetzesänderungen zusätzliche Aufgaben. Dies sei die Leistungen der Vorgesetzten mit solchen Aufgaben zurechtzukommen und nicht grundsätzlich neue Stellen, so wie in den letzten drei Jahren sehr großzügig geschehen sei, anzufordern. Denn dies sei mit sehr hohen Kosten, auch aufgrund der Lohnerhöhungen, verbunden. Hierbei handelt es sich um zweistellige Millionenbeträge, die als eine zusätzliche Belastung auf die Stadt zukommen und geschultert werden müssen. Es brauche nicht über die Lohnerhöhungen zu diskutiert werden, da diese berechtigt seien, aber der Nachtragshaushalt mit sieben Stellen könne nach den Worten von Stadtrat Wittmann anderweitig geregelt werden. Zu den KW-Vermerken merkt er an, dass diese verlängert werden und die nun zu beschließenden Belastungen im Nachtragshaushalt, in den nächsten Jahren im Haushalt seien. Ob die KW-Stellen dann nachvollzogen werden und die Stellen wegfallen, stehe in den Sternen. Ein KW-Vermerk sei immer ein gutes Argument bei einer Schaffung einer neuen Stelle. Weiter verweist er hierzu auf Zuschüsse des Freistaates Bayern und fragt nach, was beim Wegfall des KW-Vermerks passiere. Stadtrat Wittmann halte es nicht für gut, wenn zu Beginn des Jahres sieben Stellen beschlossen werden, wo es seiner Meinung nach andere Lösungsansätze gebe. Er verweist nochmals auf die Poolstellen, welche mit finanziellen Mitteln hinterlegt seien. Diese könne der Personalreferent mit Zustimmung des Stadtrates hernehmen. Dann solle die Entwicklung bis Mitte des Jahres, bei Vorlage des kompletten Stellenplans, abgewartet werden. Somit habe man auch einen Einblick in den Haushalt der nächsten Jahre. Stadtrat Wittmann zeigt sich erfreut über die Aussage von Oberbürgermeister Dr. Scharpf erst einmal eine Nullrunde zu fahren. Seine Fraktion stimme den vorgeschlagenen Stellen nicht zu, weil sie keinen Überblick darüber haben. Es sei bekannt, dass hier Stellen dabei sind, die unbedingt notwendig sind. Er betont nochmals, über einzelnen Stellen nicht zu diskutieren, sondern es gehe darum ob man sich in Zukunft die Verwaltung noch leisten könne. Die logische Konsequenz sei eine Steuererhöhung. Geld können nur für Investitionen aufgenommen werden.

Dies sei nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf ein politisches Schaulaufen. Was anderes habe er von Stadtrat Wittmann nicht erwartet. Stand beim Haushalt 24 sei man nun bei null und weniger gehe gar nicht. Was heute eingebracht werde, sei aufgrund gesetzlicher Veränderungen und Notwendigkeiten, nötig. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert zu, dass KW-Stellen zugeschaltet werden könne. Es sei aber nicht korrekt, dass heute KW-Stellen versteigt, sondern verlängert werden. Diese Stellen werden aber nicht als dauerhaft anerkannt. Von daher spreche nichts gegen eine Verlängerung, aber nicht gegen eine dauerhafte Verstetigung. Hiervon habe keiner gesprochen und insofern zeigt er sich über die Anmerkungen von Stadtrat Wittmann verwundert.

Die Welt der CSU sei immer ganz einfach, so Stadtrat De Lapuente. Die Frage sei natürlich bei Beantragung von 100 Stellen und den noch sieben Stellen drüber, debattieren diejenigen die dagegen sind sagen, wieso man diese Stelle einsparen sollte. Stadtrat De Lapuente zeigt sich erfreut über die gute Aufbereitung und Argumentation der Zahlen. Bei den Stellen handelt es sich um zu erfüllende Pflichtaufgaben. Man müsse aber auch klar zu diesen

Stellen stehen und diese genehmigen. Die Nullrunde für das Jahr 2024 sei aufgerufen, aber auch hier werden Pflichtaufgaben auf die Stadt zukommen, die der Bund und das Land vorgebe. Nach seinen Worten mache man es sich schon einfach zu sagen, man sei dagegen. Die SPD-Stadtratsfraktion sichert ihre Unterstützung für den vorliegenden Antrag zu.

Stadtrat Deiser stellt in Frage, warum die vorhandenen Poolstellen aufgespart werden sollen.

Herr Kuch geht auf die sachliche und rechtliche Betrachtung der Poolstellen ein. Hier habe der Stadtrat bei der Beschlussfassung im Dezember 2020 klare Regeln vorgegeben. Diese seien bei unvorhergesehen Bedarfen und wo der Stadt ein großer Vorteil entgehe oder ein großer Nachteil entstehe. Die Kriterien für die Poolstellen seien in diesem Fall formal nicht erfüllt. Es sei klar, dass der Stadtrat immer eine Ausnahme seiner Regelungen beschließen könne. Weiter verweist Herr Kuch auf die Gemeindeordnung (Art.68 Abs.3 GO), das unterjährig für den aktuellen Stellenplan immer dann Stellen ergänzend zum beschlossenen Stellenplan zu schaffen seien, wenn zusätzliche gesetzliche Aufgaben entstehen. Diese Kriterien seien in diesem Fall erfüllt. Deswegen sei es formal und juristisch so, dass hier die gesetzlichen Regelungen der stadinternen Regelung vorangehen. Von der praktischen Auswirkung für den Haushalt sei es aber egal, weil entweder Poolstellen, wo das Budget vorhanden sei, oder aber auch über die 68ger Regelung, wo kein Budget vorhanden sei, dies vornehmen. Aber durch die Gesamtdeckung im Personalhaushalt werde natürlich das Geld für diese Stellen aus dem Gesamtbudget entnommen, wo auch die Poolstellen veranschlagt seien. Dies bedeute für den aktuellen Haushalt sei dies völlig egal, ob es sich um eine Poolstelle oder eine 68ger Stelle handelt. Es werde dafür kein Euro mehr über das Budget ausgegeben. Weiter verweist Herr Kuch auf das Thema Tarifabschluss, wie dieser im Jahr 2023 enthalten sei. Dabei geht er auf die Befürchtungen des Stadtrates, dass dies nicht ausreichend sei, ein. Tatsache sei aber, dass man für den Tarifabschluss 2023 aufgrund der unbesetzten Stellen einen größeren Betrag nicht benötige. Herr Kuch empfehle zusammen mit dem Finanzreferenten beim vorliegenden Nachtragshaushalt 2023, beim Gesamtansatz für die Personalkosten sogar um eine Millionen Euro runterzugehen, weil der Tarifabschluss im Jahr 2023 nicht so hoch ausgefallen sei. Das viele Stellen unbesetzt seien, hänge mit dem Fachkräftemangel zusammen. Dies beziehe sich auch auf die Behandlung von KW-Stellen. Insofern schließt sich Herr Kuch den Ausführungen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, bei Betrachtung der Beschlussvorlage. Es werde keine einzige im Jahr 2023 auslaufende Stelle verstetigt. Es werde nur ein KW-Vermerk vollzogen und bedeutet, dass diese Stelle wegfallende und in vierzig anderen Fällen habe Herr Kuch empfohlen diese zu verlängern. Dies habe teilweise einen sachlichen Grund, hänge aber auch mit der ausgerufenen Nullrunde zusammen. Es liege in der Hand des Stadtrates über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Herr Kuch plädiert für einen sachlichen Umgang.

Stadtrat Schäuble begrüße das Vorgehen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf, die Zurückhaltung mit der Nullrunde auch im Stellenplan durchziehen und nur das aller notwendigste zu behandeln. Bei Betrachtung der KW-Stellen sei ersichtlich, dass viele Stellen einen Entfall, ohne die Nullrunde, gehabt hätten. Dies sei die eigentliche Empfehlung die dahinterstecke und aufgrund der Nullrunde werde dies sehr gering vollzogen. Diesen geringen Verzug habe man auch schon im Jahr 23 gehabt. Wenn Stadtrat Schäuble dies aus zwei Zeitpunkten interpretiere, habe man die Tendenz, dass die meisten KW-Stellen eigentlich eher weniger Stellen seien, sondern eine vorgezogene Schaffung von Stellen. Der Entfall stelle eine absolute Ausnahme dar. Seines Erachtens sei es wichtig nochmals darüber zu sprechen, dass dies künftig nicht die Regel sei. Es sollen nicht KW-Stellen geschaffen werden, auch wenn man vorhabe den KW-Vermerk zu vollziehe, also die Stellen entfallen zu lassen, um hier noch eine klarere Stellensituation zu schaffen. Weiter verweist er auf die Art der Bereinigung der KW-Situation in der Vergangenheit. Nach dem Gefühl von Stadtrat Schäuble entwickle man sich nun wieder in eine andere Richtung, die KW-Stellen aufzubauen. Dies sei seines Erachtens für den Stellenplan insgesamt von der Deutlichkeit

und der Beschlusskraft nicht vorteilhaft. Deswegen solle nochmals dringend über die künftige Behandlung der KW-Vermerke gesprochen werden.

Hier handelt es sich um kein politisches Schaulaufen, sondern es sei die Notwendigkeit auf die künftigen Probleme hinzuweisen, so Stadtrat Wittmann. Es könne auch nicht sein, dass 93 Stellen beschlossen worden seien ohne zu sagen, dass diese wichtig sind und die letzten sieben Stellen seien dann absolut wichtig. Stadtrat Wittmann gehe davon aus, dass die 93 Stellen genauso wichtig seien. Er fragt nach ob der Stadtrat in der Vergangenheit Stellen beschlossen habe, die nicht notwendig gewesen seien. Davon gehe er aus und insofern wolle er nicht über die einzelnen Stellen diskutieren, denn dies sei nicht Aufgabe des Stadtrates. Aber man müsse schon die Frage stellen, ob man sich den gesamten Verwaltungsapparat auf Dauer so leisten könne. Die Argumentation, dass die vorgesehen Mittel aus 23 nicht benötigt werden verstehe Stadtrat Wittmann nicht. Es könne nicht 23 eine Abschlagszahlung erfolgen und die Gehaltserhöhungen kommen erst ab dem 24. Diese seien schon Bestandteil der Personalkosten. Denn wenn über den Haushalt 24 gesprochen werde, müsse selbstverständlich diese Erhöhung mit einkalkuliert werden. Weiter fragt Stadtrat Wittmann nach, warum keine Poolstellen hergenommen werden, wenn es keine Rolle spiele, denn das Geld dafür, sei ja vorhanden. Der Stadtrat könne seine eigenen Richtlinien selbstverständlich ergänzen und abändern. Früher sei der Haushalt auch ohne Poolstellen aufgestellt worden. Es gehe vieles, wenn man will. In einem solchen großen Verwaltungsapparat sieben Stellen unterzubringen sei seines Erachtens keine Herausforderung. Wenn Herr Kuch zugestehe, dass diese in den Haushaltsmitteln 23 eingestellt seien und Poolstellen dafür hergenommen werden, dann sichert Stadtrat Wittmann seine Zustimmung für die Stellen zu. Wenn aber die Poolstellen für etwas Wichtiges vorgehalten werden und nun neue Stellen beschlossen werden, dann tue er sich hart mit der Zustimmung. Ungeachtet dessen könne die Mehrheit des Stadtrates das beschließen, was sie für richtig erachte.

Hierbei handelt es sich um zwei unterschiedliche paar Schuhe, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Bei der Argumentation, dass sonst immer irgendwie ein Haushalt aufgestellt worden sei, verweist er auf andere Zeiten und eine andere Anzahl an Personal in der Stadtverwaltung, die nicht im Stellenplan hinterlegt gewesen seien. Dies sei korrigiert worden und es liege nun ein Stellenplan vor, wo jeder abgebildet ist. Dies bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf zur Kenntnis zu nehmen. Da kein einziger Einsparungsvorschlag vorgelegt werde, finde er die Debatte ärgerlich. Die Menschen in der Stadtverwaltung werden benötigt, weil viele Aufgaben vom Land und Bund aufgebürdet und viele Anträge aus den Reihen der Stadträte vorgelegt werden.

Stadtrat Semle stimme den sieben beantragten Stellen zu, weil diese wohlbegründet seien. Die Information, dass es sich um den Restbestand der 100 beantragten Stellen handelt, sei wichtig. Hier sei auch der deutliche Wille der Stadtverwaltung zu erkennen, die eigenen Stellenbeantragung kritisch zu hinterfragen. Weiter verweist Stadtrat Semle auf den Sinn dieses Ausschusses. Insofern halte er die Beibehaltung dessen für sinnvoll.

Herr Müller verweist auf die Verständigung im Ältestenrat zum Verfahrensablauf. Er informiert, dass Herr Kuch mit den Fachreferaten seit dem Jahreswechsel permanent in Stellengespräche, Absprachen und Vorberatungen sei. Es sei sich an zwei Runden orientiert worden. Zum einen beim Nachtragshaushalt 23 im Mai und im Herbst 23 für den Haushalt 24. Wenn nun alles in den Herbst geschoben werden solle, hänge man auch fachlich wieder in der Luft. Herr Müller betont, dass dies ein Motivationsproblem auf Verwaltungsebene sei. Stadtrat Grob habe ganz hohe Erwartungen an die aufgabenkritische Überprüfung gesetzt. Er fragt nach, warum nicht zuerst mit Beschluss des Stadtrates dies über Poolstellen abzubilden sei und danach mit den energetischen Gewinnen aus der kritischen Überprüfung auszugleichen. Dies sei ein Zeichen in der jetzigen Zeit, die Stellen aus dem Pool zu entnehmen und dann egalisiert und mit den Aufgaben aufrechnet, die eine kritische Berechnung erbringen.

Ganz egal ob Herr Kuch über die Poolstellen abbilde oder über die 68er Stellen im Nachtrag, beides werde im Stellenplan 24 als reguläre Stelle betrachtet. Insofern verstehe er die angesprochene Thematik nicht ganz. Poolstellen seien die besseren politisch-konsensfähigen Stellen als die Stellen nach 68 Absatz 3 der Gemeindeordnung. Herr Kuch erinnert an seinen Eid. Aus gesetzlicher Aufgabenmehrung gebe es einen eindeutigen Tatbestand in der Gemeindeordnung, den er nicht mit innerstädtischen Regelungen zu Poolstellen vom Tisch wischen könne. Wenn der Stadtrat aber beschließen, dass er keine „68er Stellen“ sondern Poolstellen wolle, werde er dies auf Anweisung umsetzen.

Herr Fleckinger verweist auf das Projekt zur Aufgabenkritik und hierzu auf den Bereich der Kämmerei und der Zentralbuchhaltung. Diese Beispiele zeigen auf, dass man hier sicherlich noch neue Planstellen im Bereich der Pflichtaufgaben benötige. Hierüber habe er Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits informiert. Da man hier im Pflichtaufgabenbereich sei, helfe ihm nicht das Ausrufen der Nullrunde. Es handelt sich hier nicht um freiwillige Leistungen oder eine Kür, sondern absolut um Pflichtaufgaben. Im Hinblick auf die Mitarbeiter und das Betriebsklima bittet Herr Fleckinger um Unterstützung dieser Vorlage. Das differenziert und priorisiert werden müsse, sei klar. Dies werde auch so gehandhabt. Aber in seinem Bereich benötige er die Seitens von Herrn Kuch zugesagte Unterstützung auch im Hinblick auf die Grundsteuerreform.

Wenn gesetzliche Aufgaben vom Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen diese auch irgendwo geschultert werden, so Stadtrat Höbusch. Die Thematik eigne sich um in den Haushaltsdebatten entsprechende Angst zu verbreiten. Es sei klar, dass man in den nächsten Jahren mit einer Defizitfinanzierung, bzw. mit Krediten zu rechnen sei. An seine Kollegen gewandt bittet Stadtrat Höbusch zu beachten, dass der Stadtrat die Aufgabe und die Verpflichtung gegenüber der Bürgerschaft habe, eine funktionierende Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Wenn er die Belastung der Mitarbeiter kommuniziert bekomme, frage sich Stadtrat Höbusch wo das Problem bei der Genehmigung der sieben Stellen liege. Auch er erkundigt sich zu den Verbesserungsvorschlägen.

Diese Diskussion sei nach den Worten von Stadtrat De Lapuente etwas grotesk. Vor zwei Jahren habe man die Poolstellen nicht auf Wunsch, sondern von Seiten des Gesetzgebers erhalten. Wenn diese Stellen unter dem Jahr befüllt werden sollen, müssen diese irgendwie abgebildet werden. Deshalb habe man diese Poolstellen bekommen. Damals habe die CSU-Fraktion darauf hingewiesen, dass diese Poolstellen gefährlich seien, weil der Personalreferent selbst darüber entscheiden könne. Weiter verweist Stadtrat De Lapuente auf die hohe Anzahl der Stellen mit KW-Vermerk. Diese waren seines Erachtens deutlich zu hoch und nicht im Stellenplan eingezeichnet. Die Verwaltung habe sich nun sehr viel Mühe gemacht, diese Stellen im Stellenplan richtig einzuarbeiten. Nun sei eine deutliche Reduzierung zu verzeichnen. Jetzt werde zur Diskussion gestellt, diese KW-Stellen nochmal um ein Jahr zu erhöhen. Insofern halte Stadtrat De Lapuente das Ganze für grotesk.

Stadtrat Mittermaier zeigt sich erfreut über die gradlinige und transparente Form des Stellenplans. Die SPD-Stadtratsfraktion vertraue der geleisteten Arbeit. Er betont, dass man nicht in der Freien Wirtschaft sei, wo bestimmte Tätigkeiten verschoben werden können. Die Stadt habe die Verantwortung dementsprechend zu handeln. Nach seinen Worten sei es recht, wenn einmal im Jahr ein politisches Störfeuer von der einen oder anderen Fraktion losgelassen werden. Irgendwann müsse man doch anerkennen, dass der transparente Weg und im Rahmen dessen was umgesetzt werde, eher ein Dank als ständiges Misstrauen, angebracht sei.

Stadtrat Lange spricht seinen Dank an die Stadtspitze aus und zeigt sich erfreut über den anderen Weg, wie in der letzten Wahlperiode. Hier sei immer wieder an die Stadträte herangetragen worden, dass es Überlastungen gebe. Er merkt an, dass die Stadtspitze nicht darauf reagieren wollte und einmalig im Jahr einen Stellenplan vorgelegt habe. Die

Stadträtinnen haben kaum Einflussmöglichkeiten auf diese Diskussionen gehabt. Heute erlebe Stadtrat Lange Transparenz in dieser Diskussion und es werde über Pflichtaufgaben diskutiert. Es sei nicht nachvollziehbar, dass dies überhaupt in Frage gestellt werde. Stadtrat Lange zeigt sich erfreut über diese Transparenz zur Stellenbeschaffung im Hinblick auf die Pflichtaufgaben.

Stadtrat Stachel glaube das die Angst, dass das Geld nicht reiche, schon zurecht sei. Es müsse schon für einen ausgeglichen Verwaltungshaushalt gesorgt werden und es sei auch bekannt, dass die Personalkosten in Zukunft Folgelasten mit sich bringen, die zu bestreiten seien. Insofern müsse man sich intensiver mit dem Thema Personalkosten auseinandersetzen. Stadtrat Stachel finde es nicht schlimm, wenn kontroverser und auch engagierter diskutiert werde. Er habe des Öfteren die Aussage gehört, dass die Nullrunde für das Jahr 24 mit der Einschränkung, die Pflichtaufgaben zu erfüllen, stehe. Dem stimme Stadtrat Stachel zu. Im Gegenzug bedeute dies aber auch unter diesen Gesichtspunkten, dass es für andere Dinge die „Nice to have“ seien keinen Spielraum gebe. Stadtrat Stachel spricht sich für die Nullrunde 24 aus, den Nachtrag mit den sieben Stellen, stimme er mit der Faust in der Tasche zu. Seines Erachtens sei die Lösung mit den Poolstellen nur ein Spiel, weil diese Stellen sowieso im Jahr 24 wieder vorhanden seien. Für Stadtrat Stachel sei es wichtig, dass mit der Personalmehrung kritisch umgegangen werden müsse. Er glaube aber nur wenn der Druck einigermaßen groß sei, erziele man am Schluss ein Ergebnis, dass zu vertreten sei und man den Mitarbeitern der Verwaltung gerecht werde. Die Gratwanderung habe man zu gehen und dies sei Aufgabe des Stadtrates. Stadtrat Stachel sichert Zustimmung zu, auch wenn es ihm schwerfalle. Ihn überzeuge aber die vorgetragene Argumentation. Er wolle auch nicht wie Stadtrat Wittmann eine Diskussion der einzelnen Stellen, denn hierfür sei der Personalreferent zuständig.

Nachdem auch die KW-Stellen mitdiskutiert worden seien merkt Herr Engert an, dass nicht der Eindruck entstehe, dass die Verwaltung KW-Stellen schaffe, die sie sonst nicht bekomme. Er betont, dass ein Großteil dieser KW-Stellen in Zusammenhang mit einem staatlichen Förderprogramm verbunden sei. Dies seien die klassischen KW-Vermerke und es werde das jeweilige staatliche Programm angepasst. Hierbei handelt es sich selten um Stellen die der Verwaltung gehören.

An Stadtrat De Lapuente gewandt teilt Stadtrat Wittmann mit, dass die Poolstellen nicht vom Gesetzgeber vorgegeben seien, sondern diese der Stadtrat beschlossen habe. Er verstehe nicht warum es ohnehin egal sei, ob Poolstellen hergenommen werden oder nicht. Er akzeptiere das Vorgehen aber. Die Anschuldigungen von Stadtrat Lange zur letzten Wahlperiode weise er vehement zurück. Weiter betont er, dass in seiner gesamten Stadtratszeit keine sogenannten Oppositionseinsparvorschläge gekommen seien. Dies sei gar nicht möglich, weil man keinen Einblick in die einzelnen Referate und Ämter habe. Diese Vorschläge können aus der Verwaltung kommen und der Stadtrat stimme diesen dann zu. Dies sei der korrekte Weg dafür. Bei vernünftigen und vertretbaren Einsparungsvorschlägen, werde seine Fraktion nicht dagegen sein. Aber wenn so weitergemacht werde, gerade mit den Personalkosten und den Ausgaben im Verwaltungshaushalt, dann werde man in den nächsten Jahren mit erheblichen Problemen rechnen müssen. Fraglich sei auch, ob noch ein Ausgleich zum Verwaltungshaushalt erzielt werden könne. Denn es gebe jetzt schon kaum eine Zuführung. Bei dieser marginalen Zielführung in der Mittelfristplanung, wenn diese im Schwankungsbereich liege, habe man die Situation, dass die Investitionen der Stadt über Kredite finanziert werden müssen. Wenn die Situation entstehe, dass im Verwaltungshaushalt die anstehenden Kosten nicht mehr getragen werden können, dann müsse man sich die Frage stellen, wo das Geld herkomme. Dies sei die Sorge und der Grund warum die CSU-Stadtratsfraktion dieser scheinweisen Beantragung von Stellen nicht zustimmen werde. Es sei die Pflicht der Stadträte darauf hinzuweisen.

Die Verwaltung vollziehe die Beschlüsse des Stadtrates, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Die Verwaltung werde kaum zu den seitens des Stadtrates beschlossenen Aufgaben

Vorschläge unterbreiten um diese zu entzerren oder gar wegfällen zu lassen. Der Stadtrat solle nicht nur Aufgaben beschließen, sondern auch Vorschläge unterbreiten.

Es sei für Herrn Kuch selbstverständlich im Rahmen der Gesetze transparent und entsprechend zu beraten. Gerade das Thema KW-Stellen sei nochmals intensiv beleuchtet worden. Deswegen sehe er es als seine Pflicht, den Stadtrat daran zu erinnern. Es sei nicht so, dass es einen Automatismus gebe, dass aus KW-Stellen früher oder später Stellen werden. Bei den 41 Stellen, wo Ende 23 der KW-Vermerk auslaufe, habe man acht Stellen ermittelt, bei denen eine Verstetigung ersichtlich sei und aufgrund der Nullrunde nochmal um ein Jahr geschoben werden. Bei allen anderen von diesen 40 Stellen gebe es sachliche Gründe, für die Verlängerung des KW-Vermerks. Er bittet die Ausschussmitglieder sich bei KW-Vermerken bewusst zu machen, dass auch irgendwann die Bereitschaft bestehen müsse, anhand objektiver Kriterien zu entscheiden. Die Entscheidung obliege ausschließlich dem Stadtrat. Bei den vorliegenden sieben Stellen seien die KW-Vermerke wohlbegründet. Hierbei handelt es sich um entweder befristete Aufgaben, oder um Aufgaben die mit einer staatlichen Förderung in Zusammenhang stehen. Hier sei es auch Aufgabe des Stadtrates, ob mit Auslaufen der staatlichen Förderung, die Stelle verstetigt werde. Zum Vorwurf, dass nur das Jahr 2023 beachtet werde und die Erhöhung im Jahr 2024 außen vorgelassen werde, sei Herr Kuch auch zur Transparenz bereit. Es sei klar, wenn diese Anpassung im Stellenplan 23 eingebracht werde, über den Nachtrag dann auch zu einer Anpassung im Budget führe. Dann sei dieser angepasste Budgetumfang auch die Grundlage für die Hochrechnung im Jahr 24. Dies sei dann unseriös und es könnten auch die Vorwürfe entstehen, dass im Jahr 23 nicht angepasst werde und die Hochrechnung für das Jahr 24 dem Budgetstand zugrunde lege. Herr Kuch betont, dass keine unterjährig Anpassung erfolge, um eine solide Grundlage für den Haushalt 24 zu erhalten.

**Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:**

**Abstimmung über die Beschlussvorlage V0209/23:**

***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage V0301/23:**

***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage V0302/23:**

***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage V0322/23:**

***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Abstimmung über die Beschlussvorlage V0334/23:***

***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 4 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion, Stadträtin Mayr):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

***Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.